

RENTE MUSS ZUM LEBEN REICHEN

AUCH GDP-SENIOREN BEIM DGB-AKTIONSTAG FÜR SENIOREN IN FRANKFURT

Das Thema „Rente“ stand im Mittelpunkt des DGB-Aktionstages für Senioren in Frankfurt am Main. An der Hauptwoche hatten sich neben den Senioren der GdP auch Gewerkschaftsvertreter der IG BAU, NGG, ver.di, der Sozialverband VdK und die Arbeiterwohlfahrt beteiligt. Karl Steiss, DGB-Seniorenvertreter von Frankfurt, hatte den Info-Tag eröffnet. Themen waren in erster Linie die Rentenpolitik (Bei Banken sind sie fix, für die Renten tun sie nix), die zusammen mit der „Rente mit 67“ (Achtung: Arbeiten bis 67. Gerechte Rentenpolitik geht anders) in die Altersarmut (Für ein Jahr Hartz IV gibt es nur 2,19 Euro für die Rente) führt. Aber auch die Gesundheits- und die Pflegepolitik (Achtung: Drei-Klassen-Medizin. Gerechte Gesundheitspolitik geht anders)

standen auf dem Programm. Es ging um Teilzeitarbeit, Leiharbeit (Achtung: Verliehen, Befristet, Unterbezahlt, Politik für gute Arbeit geht anders), Ein-Euro-Jobs und um die Übernahme von Azubis nach der Ausbildung. Neben den Gewerkschaften informierten sowohl die AWO als auch der VdK über die unterschiedlichen Auswirkungen über die Zusammenhänge zwischen Lohnarbeit und Rente. Die GdP-Senioren hatten Informationsmaterial mitgebracht und diskutierten mit zahlreichen Interessenten. Die IG BAU hatte das Thema Erwerbsminderungsrente auf dem Tableau. Wer zum Beispiel mit 63 Jahren vorzeitig in Rente gehen muss, hat Abschläge von 10,8 Prozent hinzunehmen. 663 Euro pro Monat, so hoch war die Erwerbsminderungsrente für diejenigen, die

2007 in Rente gingen. Das lag nur ganz wenig über dem Sozialhilfeniveau.

Rentenbeitrag senken ist gut gemeint. Die Begehrlichkeiten von Politikern im Hinblick auf die Wahlen im Jahr 2013 sind groß. Nur weil die Rentenkassen momentan über finanzielle Rücklagen verfügen, will die Bundesregierung den Beitrag senken. Eine Entlastung von 0,5 Punkten beim Rentenbeitrag bringt für Durchschnittsverdiener/innen mit rund 2500 Euro Monatseinkommen gut 6 Euro netto mehr im Monat. Bei Geringverdienern mit rund 1500 Euro p/M bleiben gerade einmal 3,75 Euro übrig, schreibt der DGB. Vergessen dürfe man nicht, dass die Hälfte der Beitragssenkung an den Arbeitgeber geht. Der DGB hebt hervor, dass die Überschüsse im Moment nur deshalb



Blick auf die Info-Stände von IG BAU, ver.di, GdP, NGG, AWO und VdK. nw

vorhanden sind, weil die Rentenleistungen massiv gekürzt worden sind. Bis zum Jahr 2030 wird die Leistung um ein Viertel weniger sein. Der Lebensstandard im Alter wird sinken. Die Altersarmut ist vorprogrammiert. Das gilt auch wegen der Rente mit 67. Wer früher geht, muss bis zu 14,4 Prozent Minus hinnehmen. Altersarmut ist auch vorprogrammiert bei Langzeitarbeitslosen, bei Hartz IV-Empfängern und bei Menschen mit einem Mindestlohn unter 7,50 Euro. Der Mindestlohn muss heraufgesetzt werden. Notwendig ist eine gesetzliche Rentenversicherung für alle. Eine Bürgerversicherung ist notwendig. Arbeitgeber, Politiker und auch Manager

schützt die Betroffenen und bringt mehr Geld in die Rentenkassen. Geld ist eigentlich genug da, so ver.di. Das Problem ist die Verteilung. Von 1992 bis 2008 stieg die preisbereinigte Wirtschaftsleistung um 26 Prozent. Die reale Bruttolohn- und -gehaltssumme lag 2008 jedoch niedriger als 1992. Da die Rentenbeiträge fast vollständig von der Entwicklung der Löhne und Gehälter abhängen, darf es nicht wundern, wenn die Rentenkasse Probleme bekommt. Das Grundproblem ist die Umverteilung von unten nach oben. Das preisbereinigte Unternehmer- und Vermögenseinkommen stieg von 1992 bis 2008 um 40 Prozent.

Staatsverschuldung herangezogen werden, so der Tenor des Aktionstages Ende September in Frankfurt. Das „Bündnis Umfairteilen“ fordert nicht unbegründet eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe, am besten europaweit koordiniert. Dazu gehört auch ein konsequenter Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen und eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte, gegen die Spekulation und zur Bekämpfung der Armut, weltweit.

Hier hilft der Spruch: Es gibt viel zu tun. Packen wir es an. ■

Norbert Weinbach



Die GdP-Mannschaft beim Info-Tag der Senioren in Frankfurt. nw

müssen mehr zur solidarischen Alterssicherung beitragen.

Ver.di fordert eine gute Rente, die vor Armut schützt und den erarbeiteten Lebensstandard sichert. Alle müssen schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Das

Die Aktion „Umfairteilen, Reichtum besteuern“ verdient Unterstützung. Das wachsende Privatvermögen der reichen und Superreichen muss endlich wieder besteuert werden. Sie müssen dringend zur Finanzierung der notwendigen öffentlichen Ausgaben und zum Abbau der

